

Er scheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: A. Bebel, Peterstraße 18, S. Thiele, Emilienstraße 2.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:

Für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 1/2 Ngr., per Quartal per Monat 4 1/2 Ngr., für Leipzig und Umgegend per Quartal 13 Ngr.

Postexpedition für die Vereinigten Staaten:

F. A. Sorge, Box 101, Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

An die Leser des „Volksstaat“

richten wir, anlässlich des stattgehabten Quartalswechsels, die Bitte, das Abonnement gef. bald zu erneuern, damit in der Zusendung des Blattes keine Verzögerung eintrete. In Folge der sehr bedeutend gestiegenen Papierpreise wird der Preis des „Volksstaat“ vom 1. April an von 12 Ngr. auf 12 1/2 Ngr. erhöht. Das Abonnement für Leipzig und Umgegend kostet von da an vierteljährlich 13 Ngr., monatlich 4 1/2 Ngr.

Seit 1. April nehmen die Postanstalten auch Monats-Abonnements entgegen.

An die Mitglieder der sozial-demokratischen Arbeiter-Partei.

Parteigenossen! Nachdem Eure gerechte Entrüstung über den unerhörten Urtheilspruch des Geschworenengerichts in dem Leipziger Hochverratsprozess einer ruhigeren Ueberlegung Raum gegeben, nachdem auch die verschiedenen Introduktionen, vor und hinter den Koulissen, im Vorspiel sowohl als während des Hauptaktes dieser Tragödie, in welcher der Haß der regierenden, und die Parteilichkeit der bestehenden Klassen auf Kosten des „Rechts“ und der Moral eine wahrlich nicht beneidenswerthe Rolle spielten, und einen traurigen Triumph feierten, mehr und mehr bekannt geworden, ist es an der Zeit und Pflicht für Jeden, Farbe zu zeigen und Stellung zu nehmen.

Das peinliche Aufsehen, welches dieser ganze, auf höheren Befehl in Szene gesetzte Prozess überall gemacht hat, und die vernichtende Kritik, die allgemein — einige wenige Exemplare unserer Musterpresse ausgenommen — den Urtheilsspruch der Geschwornen als eine elende Rechtsverletzung bezeichnet hat, überhebt uns der Mühe, auf die breitspurige und grundlose Anklage einzugehen, und die dumpfe Atmosphäre dieser „Wachtstuden-Jurisprudenz“ athmenden Verhandlungen zu lichten, um zu zeigen, daß nur die blasse Furcht die Anklage diktiert, und Klassenvorurtheil zu Gericht gesessen, um eine Idee zu verurtheilen.

Als zu Anfang der weißen Schreckensherrschaft der fünfziger Jahre der Abgeordnete Temme in der zweiten preussischen Kammer die denkwürdigen Worte aussprach: „Das größte Uebel in einem Staate ist eine servile, zur Feilke Dirne der herrschenden Gewalt herabgesunkene Rechtspflege“, und Lassalle in seiner „Müssenrede“ vor den Geschwornenen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849 in die Worte ausbrach: „Es war mir Pflicht, Ihnen zu zeigen, wie unter der erlogenen Form des Rechts, unter dem Heiligenschein der Gesetze — eine Heuchelei, die gar nicht genug gebrandmarkt werden kann — die Schreckensherrschaft bei uns rast und die Richter zu Hütern der Gewalt geworden sind!“ — da ächzten selbst die Träger dieses Schreckenssystems unter der niederschmetternden Gewalt dieser Anschuldigungen, und das ganze Land, die damalige Bourgeoisie nicht ausgenommen, sollte diesen beiden Männern Beifall, obwohl Temme kein Hehl daraus machte, daß er Republikaner sei, und Lassalle als Einleitung seiner Rede, den Geschwornen erklärte: „Ich werde Ihnen stets mit Freuden bekennen, daß ich meiner innern Ueberzeugung nach auf durchaus revolutionärem Standpunkt stehe, daß ich meiner innern Ueberzeugung nach ein entschiedener Anhänger der sozial-demokratischen Republik zu sein die Ehre habe.“

Welcher Unterschied zwischen den rheinischen Geschwornen, die Lassalle freisprachen unter der Schreckensherrschaft der Kontre-Revolution von 1848, obgleich er die Bürger zum bewaffneten Widerstand gegen die königl. Gewalt aufzufordern zu haben nicht läugnete, und den sächsischen Geschwornen, die „Männerstolz“ genug besaßen, unsere Parteigenossen ihrer Gesinnung wegen zu verurtheilen! Ein erschütterliches Zeichen des sittlichen Verfalls der Bourgeoisie!

Diese „Hochverrath am Jus“, der am 26. März triumphirte, empört unser Gerechtigkeitsgefühl, welches — trotz aller durch Herkommen und Gesetz sanktionirten Ungerechtigkeiten, mit welchen im heutigen gottesfürchtigen Staat die „sittlich erhabene“ Bourgeoisie-Klasse uns mit „gutem“ Beispiel vorangeht, — in den „untersten“ Volksklassen glücklicher Weise noch nicht abhandlungsgelommen ist. Einer solchen Gewissensinquisition gegenüber bäumt sich auf in uns das bedrohte Menschenrecht, und bitterer Haß und tiefste Verachtung erfüllt unsere Seele, wenn wir sehen, welche Anstrengungen gemacht wurden, eine Verurtheilung herbeizuführen und eine Idee an das Kreuz zu schlagen, von deren Verwirklichung heut schon Tausende und aber Tausende ihre Erlösung erhoffen.

Aber freilich, so lange die Welt steht, wurden die Träger jeder neuen Idee verfolgt, mußte deren Verbreitung mit dem Herzblut der edelsten und patriotischsten Bürger erkaufte werden. Es ist traurig aber wahr:

„Die Wenigen, die was davon erkannt, Und thöricht genug — ihr volles Herz nicht wahrten, Hat man seit je gekreuzigt und verbrannt.“

Schon vor 1800 Jahren, als zum ersten Mal das Evangelium der Menschenliebe verkündet wurde, bis auf den heutigen

Tag, haben die Hohenpriester des goldenen Kalbes, die Schriftgelehrten des herrschenden Systems und der Erfolgambition ihr „Kreuzigt ihn!“ Jedem entgegengekehrt, der nicht niedersinkt und ihre Gößenbilder anbietet.

Nun wohl! Wir wissen es, die Apostel des neuen Evangeliums der Menschenliebe, die Vertreter des Sozialismus und Verkünder der Religion der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit werden auch ferner noch solchen Verfolgungen ausgesetzt sein. Wir wissen es, auch ferner noch werden große Opfer gebracht werden müssen, ehe die erhabene Idee der Erlösung der Armen und Elenden sich erfüllen wird. Wir wissen aber auch, daß wir dennoch endlich siegen werden, denn mit uns und für uns ist das Recht, die Wahrheit, die Moral, und vor Allem die Ueberzeugung von der ewigen Gerechtigkeit der Sache, welcher wir dienen, und die die Sache der gesammten Menschheit ist.

Und ferner wissen wir, daß bis auf diesen Tag alle Verfolgungen einer Idee niemals noch einen dauernden Erfolg hatten. Rechnerisch niedergeschmettert — hat der Sozialismus immer wieder und immer mächtiger das Haupt erhoben, hat die sozialdemokratische Agitation nur um so treiter und tiefer Wurzel geschlagen, der Dpsertoid Hunderte und Tausende der Vorkämpfer für diese gewaltige Kulturbewegung hat nur Tausende neuer Streiter unseren Reihen zugeführt. Zahllose Verfolgungen haben nur bewirkt, daß unsere Arbeiter-Brüder sich massenhafter und mit um so größerer Begeisterung um das Banner der Vereinigung des Proletariats scharten.

Parteigenossen! Der Leipziger Hochverraths-Prozess sollte ein Stoß ins Herz der Sozial-Demokratie sein.

Mit offenem Bistur haben unsere braven Parteigenossen die Finte der Anklage parirt, und mit sicheren Hieben die faulen Stellen an unserem Staats- und Gesellschaftskörper bis auf den Knochen bloßgelegt. Es waren glorreiche Tage für unsere Partei.

Beglückwünschen wir die „stehenden Geschlagenen“, und zeigen wir, daß uns weder die Zuversicht der Ueberzeugung, noch Muth und Ausdauer in Roth und Verfolgung gebracht.

Und wenn Alle, Mann für Mann, durchdrungen sind von dem Glauben an den endlichen und gewissen Sieg unserer gerechten Sache, wenn jeder Einzelne in treuer Pflichterfüllung voll und ganz seine Schuldigkeit thut, dann werden alle Verfolgungen Einzelner in Erfolge für die Gesammtheit umgewandelt werden.

Parteigenossen! Was auch geschehen möge, — stehen wir nach wie vor fest auf dem Boden des Rechts, halten wir hoch das Banner unserer Ueberzeugung und kämpfen wir unerschrocken für unser ewiges Menschenrecht!

Hamburg im April.

Der Ausschuß der soz. dem. Arbeiter-Partei i. A.: Theodor Nord.

Die Ansichten unserer Militärstaaten.

In der lokal-monarchischen „Vossischen Zeitung“ in Berlin findet sich folgender beachtenswerthe Aufsatz:

Mit 1872 sind es zwanzig Jahre, daß Europa in die Periode der unausgesetzt gesteigerten Militär-Entwicklung eingetreten ist. Den Anfang hierzu bildete bekanntlich die 1862 ausgeführte erste Armeereorganisation Napoleons III., welcher zur Illustration des: „Das Kaiserreich ist der Friede“ der Krimitip auf dem Fuße folgte. Zugleich scheint das Jahr 1872 aber den Höhepunkt dieses Zeitabschnitts bilden zu wollen. Mit Ausnahme Oesterreichs, der Schweiz, Hollands, Schwedens und Dänemarks befinden sich zur Zeit sämtliche europäische Staaten in einer abermaligen Armeere-Organisation begriffen, welche eine fernere Steigerung ihrer Militärkräfte kaum noch möglich erscheinen lassen dürfte. Deutschland hat mit der Verwirklichung der Formationsbestimmungen für die bayerische Armee diese seine neue Armeereorganisation abgeschlossen, durch welche sich ein allerdings erst binnen 12 Jahren zu erreichender erhöhter Kriegszustand seines Heeres von 1,700,000 Mann in Aussicht genommen findet. Italien ist mit Anfang dieses Jahres in eine Armeere-Organisation eingetreten, in Folge welcher die italienische Streitmacht auf rund 800,000 Mann gesteigert werden soll. In England ist dem Parlament der Gesetzentwurf zur Unterstellung der Miliz und der Freiwilligen unter das Armeecommando bereits vorgelegt worden, durch welchen, abgesehen von den wohl keinesfalls zum Felddienst verwendbaren Freiwilligen, die unmittelbar verfügbare englische Kriegsmacht auf ungefähr das Doppelte ihres gegenwärtigen Standes erhoben werden würde. Belgien beabsichtigt ebenfalls noch in diesem Jahre einen neuen Armeere-Organisationsentwurf seiner Volksvertretung zu unterbreiten. Sogar die Türkei ist in eine Organisation ihrer Streitkräfte eingetreten, wobei für diese eine Steigerung bis auf 600,000 Mann in's Auge gefaßt ist. Rußland und Frankreich endlich bereiten eine Armeere-Organisation vor, durch welche die russischen Streitkräfte auf mindestens 1,800,000, und nach einer anderen Berechnung sogar auf 2,300,000 Mann und die französischen keinesfalls auf weniger als 2,400,000 bis 2,600,000 Mann normirt werden sollen. Selbstverständlich ist bei all diesen Zahlen hier überall die volle Kriegsmacht der Armeen ins Auge gefaßt worden. Insgesamt würde, wenn diese Organisations- und Organisationsentwürfe sich verwirklichen sollten, der Kriegszustand der sämtlichen Staaten von Europa eine Höhe von 9,415,000 Mann erreichen. 1862 durfte derselbe hingegen auf ungefähr 3,600,000 Mann angenommen werden, wobei sich noch, wie bekannt, ein guter Theil der russischen, österreichischen, bundesstaatlich deutschen, italienischen und anderen kleinjährlichen Streitkräfte nur auf dem Papier vorhanden befand. Speziell wurde die Kriegsmacht der europäischen Hauptmächte in jenem Jahre zu folgenden Ziffern angegeben: Deutsches Bundesheer, incl. 3 österreichischer und 3 preussischer Armeecorps, 303,483 Mann; österreichische Armee, incl. der Ersatz-Truppen, des Trains und der Grenzer-Regimenter, 562,845 Mann (jetzt ohne die ungarischen Donau-Truppen 1,063,000 Mann); russische Armee, incl. der Kosakenheere, der abgeordneten Corps, Reserve- und Gantionstruppen 1,157,589 Mann; französische Armee 568,739 Mann; englische 102,654 Mann; preussische Armee, incl. des zweiten Aufgebots der Landwehr 520,400 Mann. Es hat demnach binnen zwanzig

Jahren bei einzelnen Staaten, soß Preußen und Frankreich, eine Verstärkung der Streitkräfte um weit über das Doppelte bis nahezu das Dreifache jenes früheren Armeestandes, bei anderen, wie Oesterreich und Italien, bis nahezu 100 Prozent, und fast bei keinem größeren Staate eine solche von weniger als 50 Prozent stattgefunden.

Wenn diejenigen, welche die großen stehenden Heere als sicherste Gewähr des Friedens betrachten, im Recht wären, so könnte man behaupten, die Ära des ewigen Friedens sei angebrochen. Leider ist aber, wie die Geschichte der letzten zwanzig Jahre es mit blutiger Schrift verzeichnet, das Exempel falsch und sind die Bajonnette und Kanonen eine Gefahr, nicht eine Gewähr für friedliche Entwicklung.

„Eine fernere Steigerung der Militärkräfte ist kaum noch möglich“ sagt die „Vossische“. Das heißt: die Militärstaaten sind bis an die äußerste Grenze der Aufzucht ihrer Kräfte gelangt, und müssen an der langdauernden Anspannung derselben mit der Zeit zu Grunde gehen, wenn nicht gar — was bei ihrer wechselseitigen Eifersucht wahrscheinlich — durch verfrühte Ueberschreitung dieser äußersten Grenzlinie die zu stark angeschwellte Militärblase noch vor der Zeit knallend aufplatzt.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Ar. 25 des „Volksstaat“ enthält eine Beschwerde der Leipziger Mitgliedschaft über unsere Geschäftsführung, die, vom Standpunkt der Vorstandssicht aufgefäßt, vielleicht gerechtfertigt erscheinen mag, im Allgemeinen aber, von nachfolgenden Gesichtspunkten aufgelaßt, doch wohl in wesentlich anderem Lichte erscheint.

Was die Nichtveröffentlichung des Resultates der Abstimmung wegen Erhöhung des Krankengeldes betrifft, so ist es, weil allseitig die Stimmung dagegen war, unterblieben, um Schwierigkeiten und unangenehmen Bezierungen an Orten vorzubeugen, die trotz der Abstimmung durch örtliche Verhältnisse gezwungen waren und noch sind, der Abstimmung entgegen zu handeln. Ein Verthum konnte überhaupt nicht daraus erwachsen, wenn stillschweigend die Sache beim Alten gelassen wurde, zumal so wie so es das Gerüchte sein durfte, die Regelung dieser Angelegenheit als eine lokale zu behandeln.

Die Circulare betreffend ist zu bemerken, daß überhaupt nur von zwei Orten, und auch von da nur kaum Kennenswerthes eingehandelt wurde, so daß auch überhaupt nicht von allgemeinem Interesse vorlag, das Bedürfnis danach, und der Nutzen derselben als ein sehr problematischer erscheinen mußte, so daß dieselben also sehr gut unterbleiben konnten. Jetzt liegt die Sache viel anders, eine günstige Gelegenheit ist da, und ist der Anfang wieder gemacht worden.

Was nun den Kongreß angeht, so wäre freilich nichts einfacher zu bewerkstelligen, als denselben spätestens schon zu Pfingsten abzuhalten, wenn wir einfach nur auf uns Rücksicht nehmen wollten. Nun liegt diese Frage doch etwas anders. Bekanntlich wurde von vornherein befrwortet, mit dem Parteitongreß einen allgemeinen Gewerkschaftskongreß abzuhalten, um endlich einmal eine mehr einheitliche Organisation in die Leitung der Gewerkschaften zu bringen. In erster Linie muß also eine oder mehrere Gewerkschaften den Termin ihrer Generalversammlungen ändern, um ein gemeinsames Abhalten derselben möglich zu machen. Ich muß nun gestehen, daß auch ich Anfangs gegen ein Zusammenhalten des Partei- und Gewerkschaftskongreßes war, und zwar aus verschiedenen, noch anderen Gründen, als den schon besprochenen. Später schlug nach reiflicher Erwägung die Frage des Kostenpunktes, und der Kompetenzfrage zu Gunsten des Zusammenhaltens aus, zumal noch andere, hier weiter zu erwähnende Fragen in Betracht kamen. Nun ist indes die Sachlage mit einem Schlage eine vollständig andere geworden. Der Gewerkschaftskongreß muß in nächster Zeit, von den anderen Congressen geordnet, stattfinden, und läme es also jetzt darauf an, daß alle Gewerkschaften denselben gleichzeitig zur Abhaltung ihrer Generalversammlungen beizutreten. Die Regelung der inneren Angelegenheiten der einzelnen Gewerkschaften wird wahrscheinlich nicht allzuviel Zeit in Anspruch nehmen, so daß endlich die Gründung einer Gewerkschafts-Union vor sich gehen könnte.

Ob es aber wohlthatig ist, getrennt von allen andern Gewerkschaften, und zwar spätestens zu Pfingsten einen besondern Kongreß unserer Gewerkschaft abzuhalten, ist doch wohl zu bezweifeln, und da in andern Gewerkschaften wahrscheinlich das gleiche Bedenken obwaltet, sogar zu verneinen. Daß es aber so sehr einfach nicht ist, einen bestimmten Beschluß darüber zu fassen, glaube ich in etwas angebetet zu haben. Uebrigens hat der Ausschuß unserer Gewerkschaft auch bereits diese Frage in fast gleicher Weise besprochen, und sich in dem Vorschlag geeinigt, einen gemeinschaftlichen Gewerkschaftskongreß entweder in Erfurt oder Leipzig zu empfehlen und, sollte ein solcher nicht zu erm. gleichen sein, dann die General-Versammlung unserer Gewerkschaft mit dem Parteitongreß zusammen abzuhalten. Ich hatte auch darüber eine Notiz zur Veröffentlichung eingehandelt, doch scheint dieselbe in der Sturm- und Drangperiode ins Vergessen gerathen zu sein.*

T. Nord.

*) Uns ist von der fraglichen Notiz nichts bekannt.

Red. d. V.

Internationale Metallarbeiterchaft.

Nürnberg. Es liegen bis jetzt 7 Einläufe vor, Betreffs Abhaltung der Generalversammlung zu Pfingsten, 4 sind für Leipzig und 3 für Dresden.

Alle, bis auf Budau und Magdeburg, stimmen dahin überein, eine Generalversammlung der Metallarbeiterchaft abzuhalten vor der definitiven Gründung einer Unionge-erkschaft, und auch Budau-Magdeburg wird sein Vorchaben noch bis zum Spätherbst verschieben, wofolbst es dann im Allgemeinen doch durchgeführt wird.

Anträge, die noch gestellt werden sollten, mögen die Mitgliedschaften gleich an den „Volksstaat“ senden.

Ferner möge des Geldpunktes halber, um die Anträge nicht drucken zu müssen, jeder Delegierte die betreffenden „Volksstaate“ mitbringen.

Sollten binnen 8 Tagen keine Einsprüche erfolgen, so wird in Leipzig die Generalversammlung abgehalten, und ersuchen wir die Mitgliedschaft dorthelbst, die nöthigen Vorkehrungen zu treffen, und uns dieselben mitzutheilen.

Für die Kontrollcommission

W. Seifhab.

Bürgburg. Sämmtliche Arbeiter des Schneidergewerks, 300 Mann, haben die Arbeit eingestellt. Die Haltung der Arbeiter ist gut. Die Wehrzahl der Arbeiter ist verheerlich. Zugang ferngehalten. Das Comité.

Herbig, Bevollmächtigter.

Hegnburg. Am 6. April hat sich hier ein Fachverein der Water gebildet. Derselbe ersucht die verwandten Vereine anderer Städte um die Adressen ihrer Vorsitzenden.

G. J. Kunsmann, Schriftf.

Die Erziehung und die Bibel.

(Von Frau André Léo*). Aus dem Französischen übersetzt von E. B.)

Stellen wir uns einen Menschen vor, erzogen von seinen Eltern an einem einsamen Orte mit wenig Büchern, vorzugsweise durch das Studium der Natur und der exacten Wissenschaften.

Er weiß, wie der Regen entsteht, woher der Donner kommt, wie im Laufe der Jahrtausende die Erdoberfläche allmählig ihre gegenwärtige Gestalt angenommen hat, wie sehr vielfältige Geschlechter von Pflanzen, Thieren und Menschen schon hervorgebracht hat, die verschwunden sind, um andern Platz zu machen. Er weiß, daß zwei und zwei vier ausmacht, nicht nur in der Arithmetik, sondern auch in allen andern Dingen — eine Kenntniß, die weniger ausgebreitet ist, als man meinen sollte.

Endlich fühlt er sich, kennt er sich; er hat den anatomischen und den moralischen Menschen studirt, er weiß, daß seine Glieder und seine Gedanken gleichmäßig der Uebung bedürfen, der Abwechslung von Arbeit und Erholung. Er empfindet das Bedürfnis, zu lieben und geliebt zu werden, er hat erkannt, daß ohne die Brüderlichkeit, welche die Gleichheit gebietet, es keinen Frieden unter den Menschen geben kann und ohne den Frieden kein Glück. Sein Wille, welcher das zusammengesetzte Ergebnis seiner Bedürfnisse und Fähigkeiten, seiner Gefühle und seines Verstandes, kurz die Summe seines Wesens ist, sein Wille, er fühlt es, ist eine heilige Sache und aus demselben Grunde der des Andern. Er muß frei sein, er will es sein. Die Vergewaltigung der menschlichen Person erscheint ihm ein Verbrechen.

Dieser Mann nun werde plötzlich in die große Welt versetzt, nehmen wir an, unter möglichst günstigen Bedingungen, in ein republikanisches Land, und zum Führer möge er irgend einen Staatsrath haben, der durchdrungen ist von der Vortrefflichkeit der Einrichtungen und Anstalten, die unter seiner Aufsicht stehen. Anfangs verständigen sich diese beiden Männer ganz prächtig. Freiheit, Bürgerrechte, Volksouveraineté, Gerechtigkeit, Brüderlichkeit, Ordnung, Wissenschaft, Humanität — Alles kommt in ihrer Unterhaltung vor und kein Wort stößt auf Widerspruch.

„Unser öffentlicher Unterricht ist der vorgeschrittenste in der Welt“, behauptet, sich die Hände reibend, der Herr Rath. „Wir haben ihm namentlich in der letzten Zeit unsere besondere Aufmerksamkeit zugewendet, wodurch er große Fortschritte gemacht hat. Wollen Sie sich durch den Augenschein überzeugen?“

Sie wenden ihre Schritte einer Schule zu. Sie treten ein und stellen sich schweigend neben der Thüre einer der Klassen auf und hören zu.

Jedes Kind sagt nach der Reihe eine Seite aus einem Buche her, welches es in die Hände des Lehrers gelegt hat. Schon murrt der Fremde:

— Das ist schlecht, Auswendiglernen ist nicht Begreifen.

Bald aber traut er seinen Ohren kaum, denn der Inhalt des Hergesagten ist eine Reihe der absurdsten Erzählungen und Maximen, deren die eine immer abscheulicher ist als die andere.

Da ist die Rede von der Schöpfung des Himmels und der Erde in sechs Tagen, eine Schöpfungsgeschichte und eine Pöpsel, nicht allein eingebildet, sondern in förmlichem Widerspruch mit den wissenschaftlich festgestellten Thatsachen. Da finden wir eine noch schlechtere Moral:

„Ich werde die Sünden der Väter rächen an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied.“

Da wird die Wissenschaft als oberste Sünde betrachtet „Vott verbot Adam und Eva, von dieser Frucht zu essen, welche die Frucht des Baumes der Erkenntniß war, und für ihren Ungehorsam verdammt er sie zum Unglück, sie und ihre ganze Race.“

Da wird der wildeste Mord als Pflichtgebot aufgestellt.

„Und er ließ die Schärfe seines Schwertes empfinden alle lebenden Personen, Männer, Frauen und kleine Kinder, wie der Ewige, der Gott Israels, es befohlen hatte.“

Da wird das Mitleid als Verbrechen dargestellt und der Verrath als Tugend. Da wird die Sklaverei als göttliches Gesetz geweiht, die Frau zum Handthier und zur Waare herabgewürdigt; da wird die menschliche Verunreinigt in den engen Kreis des geschriebenen Gesetzes wie in eine Gefängniszelle eingesperrt. Da wird der blinde Gehorsam, die Wegwerfung der eigenen Würde — die größte Immoralität, da sie alle übrigen nach sich ziehen kann — als höchste Tugend empfohlen.

Der Fremde weiß nicht, ob er träumt. Er sieht seinen Führer an und entfernt sich rasch, dann kommt er in lebhafter Aufregung zu dem Staatsrath zurück, welcher sich anschickt, ihm zu folgen, und ihm nachruft:

— Wie, Sie gehen schon fort?

— Schon! Sie haben mich in wenigen Minuten aus einer Welt der Gerechtigkeit in eine Welt der Nartheit und der Niederträchtigkeit hinüberschreiten lassen. Was ist das? Wo sind wir? Welch eine seltsame Belehrung gibt Ihr der Jugend? Was, Ihr reicht ihr die Kluge dar anstatt der Wahrheit! den Mord, die Ungerechtigkeit, die Gewaltthat! Ohne Zweifel, Ihr wollt Euern Kindern zeigen, welches die Kindheit der Menschheit war. Aber was für eine entsetzliche Unflugheit. Vertraut man heftige Säfte zerbrechlichen Gefäßen an? Seht Ihr denn nicht, daß, indem Ihr der jugendlichen Phantasie das empörende Bild der ursprünglichen Rohheit und Gewaltthätigkeit vorhaltet, Ihr dieselbe für immer befähigt? Bevor Ihr ihren Geist durch die Kenntniß der Wahrheit und ihr Herz durch die Ausübung der Gerechtigkeit gekräftigt habt, heißt es, ihr Herz verdrehen und ihren Verstand verwirren, wenn Ihr ihnen die Kenntniß des Bösen aufbürdet. Und ferner, davon abgesehen, wo blieb die Stimme des Lehrers, welche alle diese Irrthümer berichtigt und das Abscheuliche

solcher Handlungen und solcher Vorschriften darlegen soll? Ich habe nichts davon vernommen. Alle diese Schändlichkeiten werden ohne Weiteres hergeschwätzt und man erwartet vergebens den Ausdruck des Widerwillens, den sie herausfordern.

„Ich sehe“, sagt der Herr Rath verlegen, „Sie sprechen von der biblischen Geschichte. Indessen haben wir soeben in dieser Beziehung ein vortreffliches Gesetz erlassen. Dieser Unterrichtsgegenstand ist nicht mehr obligatorisch; es ist also Niemand gezwungen, daran Theil zu nehmen. Leider treffen unsere Landesgesetze hierin jedoch eine andere Entscheidung, denn es gibt nicht einen Familienvater, der seinem Kinde diesen Unterrichtsgegenstand vorenthalten möchte. Der einzige Unterschied ist, daß die Einen den Lehrer in einem schwarzen Kleide, die Anderen ihn in einem weißen vorziehen. Nur hierin zeigt sich das Vortheilhafte der Freiheit.“

— Bin ich denn also bei einem vollständig barbarischen oder unhumanen Volke? Und doch schienen wir vorhin so gut miteinander übereinzustimmen. Sie sagten mir, daß dieses ein republikanisches Land sei, wo jeder Bürger souverän und wo das Gesetz nur der Ausdruck des gemeinsamen Willens ist.

„So ist es.“

— Erklären Sie mir denn doch aber, wie es möglich ist, daß der erste Unterricht, welchen die Kinder bei Euch erhalten, dieselben zur Ungerechtigkeit, zum Aberglauben, zur Grausamkeit anleitet? Wie! anstatt Euere zukünftigen Bürger in dem Verständniß und der Bethätigung der Freiheit zu üben, bürdet Ihr ihnen das Dogma des blinden Gehorsams auf? Da gibt es nur zwei denkbare Fälle, entweder Ihr seid die inconsequentesten der Menschen, oder Ihr habt hier eine herrschende Klasse schlauer Schurken, welche, um zu herrschen, die Uebrigen verderben und verblenden.

Während der Herr Staatsrath ganz befangen sich in eine Erklärung seiner Politik verwickelt, kommt bei ihnen vorüber ein gebrechlicher schwarzer Knabe von 12 Jahren, der das Gepäck eines starken, elegant gekleideten Mannes trägt. Männer in Uniform, schmuggig und zerrissen, nehmen ein mageres Mädel, auf der Erde sitzend nahe bei dem Knaben, welchen sie reinigen. Die Thüre eines kleinen erbärmlichen Hauses öffnet sich und eine in Lumpen gekleidete Frau tritt heraus, mit einem Kinde in ihren Armen. Sie streckt stehend und scheu die Hand nach den Vorübergehenden aus.

Der Fremde sieht verachtungsvoll den Verwalter des republikanischen Staates an.

„Ihr habt mich betrogen“, sagt er. „Ich sehe jetzt die Wirkung Euere öffentlichen Erziehung. Dieses ist keineswegs ein freies Land, sondern ein Land der Sklaverei. Derjenige, welcher bettelt, derjenige, den die Armut zwingt zu der Arbeit eines Lastthieres von frühem Morgen bis zur Nacht, von Dem kann man unumgänglich behaupten, daß er ein freies Wesen sei und der Menschheit Rechte genieße. Er lebt, das ist augenscheinlich, unter der Herrschaft von Kasten und das stimmt vollständig zu Euerm Unterrichtssystem. Adieu.“

Dann kehrt er zurück in seine Einsamkeit, um daselbst seine Enttäuschung und seinen Abscheu vor der menschlichen Gesellschaft zu verbergen.

Wenn die Familienväter, die sich Republikaner nennen, den Schleier der Gewohnheit, welcher ihr Auge bedeckt, entfernen wollten, so werden sie denken, wie der Einsiedler, und sie werden es nicht dulden, daß man ihre Kinder etwas Anderes lehrt als die Wissenschaft und die Wahrheit.

Urtheile der Presse über den Leipziger Hochverraths-Prozess.

(Fortsetzung.)

Wir haben die gesammte Deutsche Tagespresse durchforstet, und bis jetzt nur ein größeres Blatt gefunden, das die Ehre hat, den Prozeß und das Verdict der Geschworenen zu billigen; die durch die Mitarbeiterschaft des Leipziger Ex-Postsecretärs Leonhardt genügend charakterisirte „Magdeb. Zeitung“. Die Lokalblätter, welche die Verleumdung des Sozialismus handwerkemäßig betreiben und durch keine Rücksichten der Ehre und des Ansehens gebunden sind, sehen sich, da sie Originalartikel nicht zu liefern vermögen, deshalb in die traurige Nothwendigkeit versetzt, ihre Waare aus Desinteresse zu holen, wo zwei Zeitungen: die „Presse“ und die „Neue Freie Presse“ — die erstere, bedient von Hans Blum, die zweite durch Aktienstandale selbst in Wien berüchtigt, beide Bankgesellschaften gehörig und das Geld nehmend, wo es zu finden — Artikel über den Prozeß veröffentlicht haben, zu deren Kennzeichnung wir bloß bemerken, daß sie der Zeitungen, in denen sie stehen, würdig sind, und daß der eine von Hans Blum herrührt.

Wir fahren nun mit Veröffentlichung der Zeitungsurtheile fort:

Der „Hamburgische Correspondent“, das bekannte Organ der Bourgeoisie, macht in seiner Nummer vom 6. d., im Anschluß an einen Artikel über den Bankrott der Schwurgerichte in Rußland, folgende Bemerkungen:

„Die Blüthezeit seiner Popularität dürfte das Institut der Schwurgerichte auch in Deutschland hinter sich haben. Der Glaube an die Unschulbarkeit dieser Ausflüsse des Volksgewissens ist gerade in neuester Zeit vielfach erschüttert worden und zwar mit gutem Grunde. Abgesehen von allem Uebrigen, stellen die sozialen Gegensätze, welche auch in Deutschland immer greller hervortreten und alle sonstigen in den Hintergrund zu drängen drohen, der Zukunft dieses Instituts ein wenig günstiges Horoskop. Noch neuerdings ist in Veranlassung der zu Leipzig erfolgten Verurtheilung der Sozialistenführer Bebel und Liebknecht von zahlreichen Blättern, die nichts weniger als sozialistenfreundlich sind, eingeräumt worden, daß das bezügliche Verdict mit dem Gegensatz zwischen den verschiedenen sozialen Klassen und Parteien in bedenklich engem Zusammenhange stehe, und schwerlich jemals von rechtsgelehrten, staatlich bestellten Richtern gefällt worden wäre. Daß die sozialistischen Blätter den Geschwornengerichten längst den Krieg erklärt und wiederholt hervorgehoben haben, in politischen Prozeßen sei bei rechtsgelehrten Richtern auf größere Unbefangenheit zu rechnen, als bei „Bourgeois“, versteht sich von selbst und verdient immerhin Beachtung.“

Das konservative „Vielfelder Wochenblatt“ schreibt unterm 8. März:

„Die Beweise, die bis jetzt gegen die Angeklagten

vorgebracht wurden, sind nach unserer Meinung nicht glücklich gewählt worden; hatte man den Prozeß einmal angefaßt, so wäre es doch klüger gewesen, nur dasjenige Material herbeizuschaffen, das wirklich in unmittelbarem Zusammenhange mit den Angeklagten steht, und nicht Schriftstücke herbeizuziehen, für die als von Dritten an Dritte gerichtet, die Angeklagten die Verantwortung entschieden ablehnen dürften. Es ist doch wirklich nicht möglich, die Dualität durch die Masse zu ersetzen, und der ohnehin schon vage criminalistische Begriff der „Vorbereitungshandlungen“ wird augenscheinlich dadurch nicht präcisirt, wenn man eine Menge von Handlungen nachweist; denn viele Handlungen vor einem Verbrechen sind der Quantität wegen keine Vorbereitungshandlungen.

„Wegen der politischen Wirkung, die der Prozeß voraussichtlich haben wird, nehmen wir keinen Anstand, zu erklären, daß der Verlauf dieses Prozeßes in uns die Ueberzeugung gestärkt hat, er wäre gerade im Interesse staatlicher Sicherheit besser unterblieben. Wir haben die sozialistischen Agitationen bei unsern deutschen Arbeitern bisher stets für schadlos gehalten, weil wir die gefunden und einflussreichen Elemente unter ihnen nicht gering schätzten und dieselben für allzu intelligent hielten, als daß wir sie für Liebknecht-Bebel'sche Phrasen zugänglich glaubten. Wir meinen auch, daß diese einseitigen Elemente durch die Hologlegung all der Mittel, mit denen die drei Sozialisten agitirten, in ihrer Abneigung gegen sie nur gefestigt werden dürften. Wie aber steht es mit denen, die jene Einsicht nicht besitzen? Ihnen sind jetzt jene Phrasen mit einer Umständlichkeit und Feierlichkeit, in einer Breite und Menge vorgeworfen, wie nie zuvor: durch offizielle, in allen Blättern des Landes verbreitete Berichte werden ihnen Worte und Lehren an die Hand gegeben, die sie bisher nur selten und kurz gehört hatten. Sie werden auch, wenn die Angeklagten verurtheilt werden sollten, dieselben für politische Märtyrer halten, und bei ihnen wird darum jener Haß und jene Unzufriedenheit mit dem Staate vergrößert werden, die allerdings so früher oder später zu „Vorbereitungshandlungen zum Hochverrath“ verleiten können.“

Der Lüsitzer „Bürger- und Bauernfreund“ schreibt:

„Ein Tendenzprozeß der schlimmsten Sorte, einwürdiges Seitenstück jener Proceduren, die unter dem Namen Eölner Communistenprozeß, Labendorfer Prozeß, Kroschauer Hochverrathprozeß bekannt und wahrlich keine Zierden der deutschen Geschichte sind, hat soeben mit dem Schuldig der Geschworenen seinen vorläufigen Abschluß gefunden. Bebel und Liebknecht sind wegen Vorbereitungen zum Hochverrath zu je 2 Jahren Festung verurtheilt worden.“

„Der zweite Versuch ist also gelungen. In Braunschweig, bei dem dortigen Sozialistenprozeß, sanden sich Richter, welche die Anmuthung mit Abscheu und Entrüstung von sich wiesen, über Ideen zu richten. Zum Verbrechen des vorbereitenden Hochverraths gehören Thatsachen. Ueber Ideen zu richten, sei nicht Sache des Richters, es sei Sache des Gesetzgebers, diese Ideen zu bekämpfen.“

„Das Leipziger Schwurgericht krankte nicht an so veralteten Rechtsbegriffen. Es verurtheilte die Träger der Ideen, und glaubt, damit der Idee selbst einen Schlag beigebracht zu haben.“

„In seinem tendenziösen Charakter“, so schreibt die „Frankf. Ztg.“, „erscheint der Prozeß wie ein Raschali der Bourgeoisie, der die Bebel und Liebknecht im Namen des Proletariats den Krieg angefaßt haben, erscheint er wie ein Mittel, um unbequeme oder gefährliche Gegner mundtot zu machen und hinter Schloß und Riegel zu bringen.“

„Wir schließen uns diesem Ausspruch an. Und doch glauben wir nicht zu irren, wenn wir hinter dem Leipziger Prozeß noch etwas Anderes sehen. Was that der Mann des 2. Dezember, als er dem französischen Volke die Freiheit stahl? Er hüllte sich in den Mantel des Gesellschaftsretters; das Gespenst der rothen Revolution mußte seinen Zwecken dienen. Und so scheint uns der Leipziger Sozialdemokratenprozeß der erste Schlag gegen die Freiheit zu sein, das Vorpiel im Kampf der Reaktion gegen das innere Dämon, die Demokratie, zu sein. Die Sozialdemokraten, der eine Flügel der demokratischen Partei, werden heute getroffen. Auch uns gilt der Schlag. Darum wachet!“ — (Fortsetzung folgt.)

Wo bleiben unsere Soldaten!

Der Gefreite Gütting vom 2. Nassauischen Infanterie-Regiment Nr. 88 hatte den ganzen Feldzug mitgemacht und war auch während seiner ganzen Dienstzeit nie bestraft worden.

Nach dem Friedensschluß lag derselbe mit seinem Regiment zu Lagny und wollte eines Tages einen andern Soldaten aus seinem Orte, Namens Küster, besuchen (Gütting ist nämlich aus Rittershausen in Amte Dillenburg gebürtig). Gütting war betrunken und trat in ein anderes Haus, worin sich 3 Soldaten im Quartier befanden, nämlich 2 Unteroffiziere, Namens Sohl und v. Trümbach, sowie der Gemeine Lindemann, und frug nach Küster, worauf ihm die Antwort wurde, Küster liege nicht dort.

Da die Quartiergeber Wafschleute waren und sich mehrere Wasch- und Bügelmädchen in der Stube anwesend fanden, suchte sich der betrunkene Gütting mit denselben zu necken, worauf der Unteroffizier Sohl auf Gütting zutrat mit der Beiung, das Zimmer zu verlassen und sich fortzuscheren. Gütting, hiermit nicht einverstanden, wollte nicht fort, worauf Sohl denselben am Arm faßte, um ihn hinaus zu führen; Gütting stieß hierauf Sohl auf die Brust, daß ihm die Mütze abfiel, weshalb Sohl und Lindemann den Gütting faßten und ihn die Treppe hinabwarfen und dann das Zimmer schlossen. Unteroffizier v. Trümbach war inzwischen nach der Wache gelaufen, um die Patrouille zu holen. Der mißhandelte Gütting hatte sich inzwischen aufgerafft und wollte in das verschlossene Zimmer und gebrauchte sogar seinen Säbel, womit er wider die Thür schlug, konnte solche aber nicht öffnen, und es ereilte ihn dort die Patrouille, welche ihn mitnahm.

Gütting wurde in Folge dieses Vergehens zum Tode verurtheilt, jedoch auf Antrag des Kriegsgerichts wegen Trunkenheit vom Kaiser zu lebenslänglicher Festungshaft „begnadigt“. Die Eltern Güttings wurden von dem Allem lange nichts gewahr und glaubten ihren Sohn lodi — bis ihnen durch Kameraden ihres Sohnes ein Anderes mitgetheilt wurde.

*) Frau André Léo, die brave Verteidigerin der Commune, wird unseren Lesern vom Lausanner Friedens- und Freiheitskongreß her bekannt sein, wo ihre Rede vom anwesenden Bourgeoispublikum auf das lobelhafteste unterbrochen ward. Obiger Aufsatz ist durch die in der Schweiz herrschenden Schul- und Gesellschaftszustände hervorgerufen, gilt aber dem hohen Form-Republicanismus überhaupt.
R. d. B.

Zur Fabrikanten-Coalition.

Als Ergänzungsschild zu dem verunglückten Berliner Fabrikantencoalitions-Projekt — dessen in No. 6 d. Bl. Erwähnung geschähen — erhalten wir nachstehendes Aktienstück zum Abdruck:

Der Allgemeine Industrie-Verband, zu welchem die „Materialien“ längst zur Verbreitung gelangten, ist in Folge letzteren Umstandes nach Form und Inhalt Gegenstand vielfältiger Erwägung und sachverständiger Erörterung geworden.

Wenn auch der Grundgedanke der „Materialien“ in seiner allgemeinen Gestalt unumändert geblieben, so hat derselbe im Einzelnen doch Modifikationen erfahren, welche als schätzbare Resultat technischer Prüfung wohl nicht nur der Ausführung des gemeinnützigen Zweckes, sondern auch dessen Wirkungen zu wesentlichem Nutzen gereichen werden.

1) Gewerbliche Seite: Der Charakter des Allgemeinen Industrieverbandes wird in der Hauptsache derjenige einer Versicherung sein. — Gegenstand der Versicherung bilden die Arbeitseinstellungen. Die Gesellschaft liefert dem Versicherungsnehmer Arbeiter oder hält ihn bis zu einer gewissen Höhe schadlos. Die Versicherung wird nicht nur dem Industriellen im engeren Sinne, sondern auch jedem Gewerbetreibenden gewährt. Die Beitrags-Klassen werden durch die Zahl der versicherten Arbeiter und durch den Grad der Erfindbarkeit derselben bestimmt.

2) Der „Allgemeine Industrie-Verband“ beruht auf der Gegenseitigkeit sämtlicher Versicherter.

3) Neben der Versicherung her geht die in den „Materialien“ erwähnte Anstaltsfähigkeit (Engagements, Stellennachweis, Zeugnisse) sowie die Vermittlung der Versicherung von Arbeitern gegen Anfälle.

4) Sociale Seite: Unterstützungsfond für Arbeiter; Wochenblatt; gesellige Vereine; Roth und Hilfe.

5) Präventiv-Schutz. — Thätigkeit: Warnung vor drohenden Arbeitseinstellungen. Beobachtung der socialistischen Bewegung und ihrer Agitatoren.

Als ungefähre Durchschnittssatz der zu zahlenden Jahres-Prämie darf bei nur annähernd entsprechender Beteiligung der Beitrag von 10—15 Sgr. pro Arbeiter angenommen werden. Das Statut des Verbandes ist nach den aufgestellten Gesichtspunkten entworfen und wird den Staatsbehörden zur Genehmigung vorgelegt werden, sobald die Voraussetzung einer ausreichenden Beteiligung seitens der Industriellen und Gewerbetreibenden durch vorläufige Willkürerung derselben gerechtfertigt erscheint. Es wird deshalb um eine Zusendung solcher Ausfertigungen, eventuell um die Unterzeichnung der zu diesem Zwecke vorzuliegenden Pläne im Interesse des Ganzen dringend gebeten.

Dresden im Februar 1872.
Vorbereitungskommission für den Allgemeinen Industrie-Verband.
Im Auftrage für Sachsen: **Franz Berg**, Rentier.
Strunefstraße 27, II.

Wir haben früher unsere Ansicht dahin ausgesprochen, daß jenes Berliner Projekt nicht sowohl auf die Ausbeutung der Arbeiter als der Fabrikanten hinausläuft. Der Umstand, daß das Projekt zu Wasser geworden, scheint zu beweisen, daß die Fabrikanten im Allgemeinen derselben Ansicht gewesen sind. In Dresden hat es aber doch Einen gegeben, der auf den Leim gegangen ist — einen Rentier, der etwas Produktives zu thun nicht nötig hat, und dem man das Amüsement der Agitation für den Allgemeinen Industrie-Verband gönnen kann.

Parteigenossen!

An die Vertrauensmänner und sonstige bekannte Adressen wurden Zirkulare versandt, die wir Euch bitten recht zahlreich mit Euren Unterschriften zu versehen.

Ihr beweist dadurch, daß Euch die Beurteilung unserer Freunde Liebsteht und Bebel nicht entmuthigt, im Gegentheil, daß Ihr hinter den Männern steht, die mit Entschlossenheit das Panier der Sozialdemokratie hoch gehalten, daß die Reaktion trotz aller ihr zu Gebote stehenden Gewalt ohnmächtig ist, die Idee und die Prinzipien des Sozialismus zu vernichten.

Mitglieder der Partei wie Freunde der Arbeitersache, welche Unterschriften sammeln wollen, und nicht schon ein Zirkular in Händen haben, werden ersucht, ihre Adresse an die Expedition des „Volkstaat“ einzuschicken, die das Weitere besorgen wird.

Die Sozialdemokraten Leipzigs und Umgegend.

Aus Mainz. Unsere Notiz in Nr. 25 bezüglich der Mißhandlung eines alten Herrn von Seiten einiger Mitglieder des Vereins „Siegeskreis“ ist doch richtig, obwohl der Vorsitzende jenes Vereins die Rechtfertigung in Nr. 28 d. V. unserer Korrespondenten zu demerken. Herr Birnbaum, welcher und jenes Dementi zusandte, ist selbst in der Behandlung des Mißhandelten gewesen — wie letzterer uns mittheilt — und hat ihm nicht bloß im Namen seiner Gesellschaft Abbitte geleistet, sondern ihn auch beschworen, die Sache auf sich beruhen zu lassen.

Mainz. (Schluß aus voriger Nummer.) Unsere Vereinbarung mit Herrn Bembé lautet:

„Zwischen der Schreiner-Union und dem Unterzeichneten hat folgende Uebereinkunft stattgefunden, welche bei den Möbelschreibern in seiner Fabrik mit dem 1. April d. J. in Kraft treten soll.“

- 1) Zehnstündige Arbeitszeit täglich.
- 2) Lohnerhöhung von 25% auf den Normalarbeitspreis, nach befolgender näher detaillirter Aufstellung, (Tarif) und Tagelohn.
- 3) Für Arbeiter, die jeder Zeit einer beliebigen Form und Complicationsunterworfen werden können, und für die dadurch ein 25%iger Aufschlag ohne Erfolg wäre, ja sogar eine Mehrarbeit von unberechenbaren Prozentsätzen zur Folge haben könnte, wird eine wöchentliche Abschlagszahlung von 9 Pf. als Minimum für den Arbeiter beantragt, wonach der Affordpreis oder Tagelohn zu bemessen ist.
- 4) Diese 9 Pf. pro Woche sind von jedem Arbeiter, der sie nach 25%igem Aufschlag verdient hat, zu beanspruchen.
- 5) Tagelöhne müssen jede Woche ausgezahlt werden, der Mehrertrag für Stückerarbeit sofort auf des Arbeiters Verlangen nach geschehener Viefierung.
- 6) Der Arbeitgeber hat den Betrag für Holzschneidelohn auf der Maschine ganz zu tragen und dem Arbeiter hierfür nichts in Abzug zu bringen.
- 7) Bei Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit fällt selbstredend jede Feiertagsarbeit sowie Sonntagsarbeit hinweg, und ist für dieselbe, wenn sie vom Arbeitgeber als ein Geschäftsbetriebsbedürfnis gefordert wird, 33% Prozent des Verdienstes, pro Stunde berechnet, extra zu vergüten.
- 8) Die Arbeitszeit dauert im Sommer von 7—12 Mittags, und von 1—6 Uhr Abends; im Winter von 8—12 Mittags und von 1—7 Uhr Abends.

So geschähen und in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgefertigt und unterzeichnet.

Mainz den 25. März 1881. (Folgt Unterschrift und Stempel.)
NB. 600 Arbeiter sind gewillt, diese, weil beschiedene Forderung mit der größten Energie durchzuführen, und zwar mit allen gesetzlichen Mitteln. Aber Ihr, Arbeiter allerwärts, seid auch Ihr gewillt, uns zu unterstützen, wie es Mainz bis jetzt in jedem ähnlichen Falle gethan hat? Ein großer Theil dieser Arbeiter ist verheiratet, der Quartallohn und der Quartallöhnetheil zu Ostern hat Alles erschöpft, aber anzuschreiben ist nichts mehr. Wir sind zwar organisiert und haben eine Kasse, aber alles dieses wird nicht hinreichen für diese Kasse, wenn der Kampf ernst wird und mit Ausdauer geführt werden soll. Daher richten wir jetzt schon die Bitte: bereiten Sie sich auf eine durchgreifende Unterstützung vor, den Tag, an dem die Schlicht-

eröffnet wird, behalten wir uns der Vorsicht halber vor, und sobald er begonnen hat, werden Sie als Hülfsarmee das Signal erhalten.

Wenn die Union permanent ist und auf Fortbestand gegründet ist, also fähig ist, Pflichten zu übernehmen, ersuchen wir alle Freunde und Vereine, die über ein disponibles Vermögen zu verfügen haben, der Union leihweise eine Summe zur Verfügung zu stellen; mit der größten Dankbarkeit wird sie dieselbe in der kürzesten Zeit zurückzuerstatten bereit und fähig sein.

Die Streifenkommission der Schreiner-Union.

NB. Die Namen des Bureau's zur Vermittlung des Korrespondenz werden am 1. Tage des Streifes mitgetheilt werden.

Mainz. Obwohl die localen Angelegenheiten einzelner Orte im Allgemeinen die Leser des „Volkstaat“ sehr wenig oder gar nicht interessieren können, so dürfen doch nachstehende Zeilen, die gleichzeitig ein Streifenlicht auf den herrschenden Nationalliberalismus werfen, einigen Anspruch auf Beachtung haben.

Wie genüßlich bekannt, haben unsere Nationalliberalen bei den letzten Gemeinderathswahlen dadurch den Sieg errungen, daß sie die Lüge ausbreiteten, „daß nur sie allein im Stande wären, die „Stadterweiterung“ (unter Stadterweiterung versteht man hier das weitere Hinaustragen des Festungsgürtels) zur Ausführung zu bringen.“ weil sie „gut dem Fürst Bismarck angeschrieben wären“. Wer die Wohnungsverhältnisse von Mainz kennt, wird begreifen, was das Wort „Stadterweiterung“ für einen ungeheuren Einfluß auf die ganze Bürger-schaft ausübt.

Wie steht es aber heute mit dieser Angelegenheit aus? Die Stadterweiterungsfrage, die den Herren Nationaliberalen zu ihren Sitzen auf die kirchlichen Stühle verhalf, ist vollständig in die Brüche gefallen! Und wodurch? Gerade durch die Nachlässigkeit des nationalliberalen Bürgermeisters und Gemeinderaths; Papiere, die auf die Stadterweiterung Bezug hatten und die — nach der eigenen Aussage des Bürgermeisters Rade — im Juli nach Berlin verlangt wurden, konnten, da Herr Bürgermeister (wieder nach eigener Aussage) wegen „Begrüßung und Bewirtung“ der zurückkehrenden Truppen und sonstiger wichtigen Geschäfte, keine Zeit übrig hatte, erst im November, wo bereits der Bundesrath abschlagig beschieden hatte, dahin gelangt werden.

Also der „Empfang von Truppen“ ist bei nationalliberalen Stadträthen wichtiger, als eine Angelegenheit, von der die Existenz von mehr als der Hälfte der Bürgerschaft abhängt!

Was thut man nun, um das Veräumte nachzuholen? Erstens: man wirft einen Vorwurf, den der Ausschus der Sozialdemokraten, um der Wohnungsnoth wenigstens etwas zu kurieren, machte, (eigentlich der einzig mögliche) ruhig in den Papierkorb und sagt: „Wem's hier nicht gefällt, der kann fortziehen.“ Zweitens: man erläßt einen Ulas, in welchem den Besitzern der wenigen Baupläne, die noch hier sind, angekündigt wird, daß sie nicht höher als zwei Stockwerke und nicht ohne „Balkon“ bauen dürfen.

Erwähnt zu werden verdienen noch die anderen wichtigen Geschäfte, die der Herr Bürgermeister hat; nämlich: er reist auf „Stadterweiterung“ umher und bemüht sich, daß ein Wahlgesetz mit Censur eingeführt wird. „Mit Censur“ das heißt: ein Wahlgesetz, nach welchem die Unbemittelten, also die Mehrzahl der Bürger, nicht wählen dürfen. (Es könnte sonst einmal ein Sozialdemokrat gewählt werden.)

Und das ist eine Partei, die die Dreifaltigkeit hat, sich „liberal“ zu nennen!

München, den 7. April. Am 4. April wurde auch hier in München wieder ein Schneider-Veranstaltung zum Zweck einer Vereinigung der Gehilfen und Kleinmeister genannten Faches abgehalten.

Nachdem der erste Vorsitzende Herr Schneider, Parteimitglied, in Kurzem über die Bedeutsamkeit sowie die Nothwendigkeit einer solchen Vereinigung gesprochen hatte, um endlich den Großmeistern, besonders aber den Confectionären gegenüber einig und mächtig zu werden, wurde die Form derselben berathen, und als eine solche entweder der Anschluß an den allg. deutschen Schneiderverein oder die Gründung eines Fachvereines vorgeschlagen.

Darauf sprachen die Herren: Bauer für den Fachverein, Huther für den Anschluß an den Arbeiterschäfts-Verband unter dem Präsidium Otto Kappels in Berlin, und Gerstmeier für den allgemeinen deutschen Schneiderverein.

Es wurde darauf über die genannten drei Formen abgestimmt und der erste Antrag mit allen gegen 4 Stimmen angenommen. Anschließend daran wurde nun ein Comité von 11 Mann, bestehend aus Arbeitern und Kleinmeistern, zur Ausarbeitung der Statuten gebildet. Weiterer Bericht wird nach der Constatirung folgen.

Mähr. Schöneberg. (Wie die Bourgeoisie die Bildung der Arbeiter befördert.) Wir ersuchten in einer Bittschrift unsern Gemeinderath um Ueberlassung eines Schulzimmers zur Abhaltung von Vorträgen, erhielten aber einen abschlägigen Bescheid, „weil die Schulbänke in schlechtem Zustande sind und daher noch eher zu Grunde gingen.“ Die Beurtheilung überlassen wir der öffentlichen Meinung.

Apolda. Am 22. März feierte die Bourgeoisie den Geburtstag des Kaisers. Um die Feier würdlich in Scene zu setzen, wurde schon 14 Tage zuvor eine Versammlung einberufen, zu der alle gut deutsch Gesinnten eingeladen wurden; ein Komitee ward gewählt, Beratungen wurden geflossen, und einige Tage vor dem Geburtstag wurde durch ein Programm der Bürgergesellschaft eine großartige Festlichkeit in Aussicht gestellt; mit Böllerschüssen am Morgen sollte das Fest beginnen, um 10 Uhr läuteten mit allen Glocken, Nachmittags Aufzug des Kriegerevereins, der Büchsen- und Ambrosiuschützen, der Turnercorps, der vereinigten Sängler, zu welchem Aufzuge auch die sämtliche Bürgergesellschaft angeleitet eingeladen wurde. Damit sich auch Jedermann beteiligen könne, wurden die Fabriken geschlossen. Das Tagesblatt veröffentlichte ein vom Festkomitee an den Kaiser gerichtetes Telegramm, dessen Inhalt ungefähr auf dem Niveau aller sonstig bekannten Schweißwedeleien stand.

Ein böses Anzeichen bemerkten wir schon am Morgen, — die Stadt war kümmerlich besetzt, die Arbeiterdörfer flaggten gar nicht; noch mehr wurden die Herren Festorganisator aber geäußert, als am Nachmittage der Zug beginnen sollte, aber sich weder Arbeiter noch Kleinbürger beteiligten, so daß sich die Herren selbst schämten, dem Zuge zu folgen; ja nicht einmal die Hälfte der Kriegerevereins, Schützen waren in geringer Anzahl beteiligt und die vereinigten Sängler, die sonst einige hundert Mann zählen, waren in Folge der zu geringen Beteiligung ihrer Mitglieder nicht im Stande, einen Gesang anzuführen.

Au jenem Abend ist verschiedentlich ausgesprochen worden, die Sozialdemokraten seien schuld, daß sich Niemand am Zuge beteiligte; wir hatten nämlich eine öffentliche Mitgliederversammlung einberufen, und als Tagesordnung: 1) „Abstand auf die Preussische Königsfamilie“, und 2) „Bericht über den Hochverrathsprozess“ gesetzt. Daß betrefis des ersten Punktes auch von unserer Seite des Lebens und der Thaten des Kaisers sehr eingehend gedacht wurde, daß wir aber auch nicht umhin konnten, einen Vergleich zu ziehen zwischen dem Knechtstinn der Bourgeoisie, wie er sich in dem Telegramm ausdrückt, und dem graden männlichen Aussehen unserer angeklagten Parteigenossen, können wir offen bekennen.

So endete der für uns bedeutungsvolle Tag; wir sahen, wie unsere Mitbürger sich von dem Kriegstrübel erholt hatten, und wie sie in solch nüchternem Zustande handelten; unsere Prinzipien gewinnen immer mehr Raum, ganz vorzüglich hat der Hochverrathsprozess gewirkt, und der „Volkstaat“ wird wohl, wenn es so fort geht, bis Ende dieses Jahres seine 50 Abonnenten hier erlangen.

Jülich im März. Der Besitzer des „Nürnberger Anzeigers“, ein Nürnberger Bänbelschreiber, spielt wie und da noch den „Demokraten“ und desavouirt sogar unter vier Augen dem oder jenem Freunde gegenüber seinen nationalliberalen Chefredakteur, einen Dr. Klegler, den achten Typus eines deutschen Professors. Nun scheint aber Herr Bauer — so heißt der Besitzer des „Anzeigers“ — doch von seinen noch mehr nach rechts schielenden Freunden arge Vorwürfe erhalten zu haben, und Bauer will wieder Demokrat werden. Zu diesem Behufe hat er in mehrere Zeitungen ein Inserat einrücken lassen: „Ein demokratischer Redakteur gesucht; Offerten an den internationalen Wofse“. Klegler wird demnach gezeugen werden, und sein demokratischer Nachfolger soll vollständige Redaktionsfreiheit erhalten. So wenigstens sagt jetzt obengenannter Bauer. Zu wünschen wäre

es, daß er einmal zu der Einsicht käme, daß er weder von Demokratie noch weniger von Journalistik Etwas versteht. Der zu ernennende Chefredakteur soll erst dann ernannt werden, wenn die Demokraten von Nürnberg und Jülich ihre Zustimmung erteilt haben. An den hiesigen „Volkverein“ hat belobter Bauer sogar die Anfrage gerichtet, wie sich dessen Mitglieder zu dem Eisenacher Programm in Zukunft stellen wollten. Und als er erfuhr, daß sich diese anschlössen, auch den 8. 10. so nach und nach in ihr Programm herüberzuleiten zu lassen, da sprach er: „Nun, so sei's denn; wenn's sein muß, werde ich auch wieder Sozialdemokrat.“

Bergsch. Bei dem Eschweiler Kohlen-Bergwerk ist ein neuer Direktor an des verstorbenen Bergmeisters Bauer Stelle getreten; der Mann strebt einen „Knappeneverein zur Hebung des Bergmanns“ an, dabei auch einen Konsumverein, und die Bergleute von den socialistischen Ideen abzuhalten. Die Geistlichkeit hat hier einen christlich-socialen Verein gegründet und daneben hat man ein ihm entsprechendes Sonntagsblatt. Anhänger der Sozialdemokratie dürfen sich hier nicht mühen, sonst ist ihre Existenz gefährdet.

Bölgig, den 20. März, Sonntag den 17. März hielten wir eine Volksversammlung ab, in welcher Herr Simon aus Chemnitz referirte.

Anwesend waren ungefähr 500 Personen.
Die Tagesordnung bildete: 1) Die Arbeiterbewegung und die Statistik. 2) Die Lösung der Arbeiterfrage durch die preussische Regierung.

Als Motto diente der Spruch Lincolns:
„Ihr sollt nicht Knechte noch Herren sein,
Denn Alle sind zur Freiheit geboren.“

Mit Begeisterung führte Referent seinen 3 Stunden langen Vortrag aus, wobei er alle Mängel des gegenwärtigen Regierungssystems und des Gesellschaftszustandes, sowie die Mittel zu deren Abhilfe erörterte. Viele sagten: „Wenn doch öfters so ein Redner herkäme; es ist schöner und zweckmäßiger, als wenn man in die Kirche geht.“ — Zu wünschen wäre es auch, damit wir endlich aus der Misere unserer Verhältnisse herauskommen.

Mit sozial-demokratischem Gruß
Erangott Fischer, Vorstand.

Meerane. Vergangenen Sonnabend lagte hier eine massenhafte besuchte Volksversammlung; 2000 Menschen waren ganz bestimmt am Plage. Tagesordnung war: 1. Der Hochverrathsprozess zu Leipzig. 2. Der sächsische Landtag und der 20 Agr.-Census für die Gemeindegewählten. Bezüglich des ersten Punktes wurden die Nürnberg Resolutionen einstimmig angenommen. Betreffs Punkt 2 stellte Wolf, der als Referent erschienen war, folgenden Antrag, der ebenfalls einstimmig Annahme fand:

In Erwägung, daß das Gesetz der neuen Gemeindegewahlordnung, wie es seitens des sächsischen Landtags beschlossen wurde, und wodurch nur Solche, die 20 Agr. direkte Steuern zahlen, berechtigt sein sollen, das Bürgerrecht in den Gemeinden Sachsens zu erwerben, eine Hinterrückung der arbeitenden Klassen ist, indem dieselben dadurch um ihr Gemeindegewahlrecht gebracht werden, protestirt die Versammlung entschieden gegen dieses Gesetz und verlangt dessen Wiederaufhebung.

Rottluf. Gestern lagte hier eine gut besuchte Volksversammlung, welche auf Antrag Wolf's, der das Referat übernommen hatte, die Chemnitzer Resolution bezüglich des Leipziger Hochverrathsprozesses einstimmig annahm.

Leipzig. Zum Schneiderstreik. Menschenhandel. Die veränderten 25 Meister hatten in voriger Woche ihr coalitions-Mitglied Krause, Markt 17, nach Prag geschickt, um von dort 5000 mische Arbeiter zu engagieren. Als wir hier Kunde davon erlangten, wandten wir uns sofort telegraphisch und brieflich warnd nach Prag. Zum Theil wurden unsere Mahnungen beachtet, zum Theil gelangten sie nicht an das richtige Ohr. Einige Duzend böhmischer Arbeiter ließen sich denn auch von Herrn Krause behörden, der ihnen vorredete, der Streik in Leipzig sei schon zu Ende, und die Forderungen bewilligt. Bölgig arglos gingen zunächst 24 Böhmern in diese Falle und begaben sich, nachdem Herr Krause einige Auslagen für sie gemacht, auf die Reise nach Leipzig. Sonntag Abend 5^{1/2} Uhr kamen sie hier auf dem Dresdener Bahnhof an, wo ihrer 22 Meister, zu m. Theil mit ihren besseren Hälften bewaffnet, harrten. Die Anwesenheit des schönen Geschlechts hinderte indeß Herrn Krause nicht, ein Streifenkomitee-Mitglied (Böhm), welches sich an die dupirten, böhmischen Aufständigen, seine Landleute, herandrängte und sie darauf aufmerksam machte, daß sie verkauft und verrathen seien, in äußerst roher Weise anzufahren und seine Invektiven bis an die äußerste Grenze, welcher die thätlichen Insulten folgen, zu treiben. Abends waren einige der Herren Meister mit ihren durch schändlichen Betrug in ihre Arme gelockten Fremden in der Tischendekneipe, alwo sich auch einige streikende sächsische Schneider einfanden. Mit einem derselben geriet Herr Krause abermals in Wortwechsel, der seitens dieses Herrn mit dem Angebot von **Oberzeigen** und den für seine Bildung ebenso bezeichnenden Worten geschlossen wurde: „Ihr **Sunde**, diesen Streik sollt Ihr nicht gewinnen!“ (Zeugen für diesen Vorfall, der dem Gericht übergeben wird, stehen zur Disposition). Einige von den Aufständigen wurden von den Meistern, einige von den Streikenden mit nach Hause zum Uebernehmen mitgenommen.

Am andern Tage erst sahen die Fremden, wie sie von Herrn Krause getäuscht worden waren. Derselbe hatte ihnen nämlich einen Lohn versprochen, der noch über die Forderungen der Streikenden hinausging, z. B. für einen Grad, für den man hier sonst 3/4—4^{1/2} Thlr. (nur bei Bieger 5 Thlr.) bezahlte, 7—8 Thlr. Diese trügerischen Versprechungen mußte Herr Krause auch machen, weil sonst Niemand angebissen hätte; denn in Prag sind die Schneiderlöhne höher als hier; für einen Grad z. B. bezahlt man dort 9—10 Gulden. — Die Weisungen wollten nun aber auch — selbst wenn man ihnen die in Prag versprochenen Löhne gewähre — nicht hierbleiben, um die Streikenden nicht aus dem Felde zu jagen. Sie waren im höchsten Grade erbittert, daß man ihnen vorgelegen, der Streik sei zu Ende. Die nun aber fortgehen ohne Geld und ohne Legitimations-Papiere? Letztere hatte nämlich noch Herr Krause bei sich, und wollte er sie nur nach Rückstattung seiner Auslagen herausgeben. Da ließen ihm die Leute die Papiere auf dem Hals und gingen, nachdem der allezeit gegen leidende Mißbrüder hilfreiche Buchdruckerverein dem Streifenkomitee nach Resten ausgeholfen, von dannen.

Herr Krause und Genossen, denen die Prager Agitation ca. 800 Thlr. gekostet, haben nun das Rufen, und alle Welt wird ihnen, die sich nicht scheuten, arme Familienväter ins Unglück zu stürzen, indem sie dieselben überredeten, ihre verhältnismäßig bessere Stellung in Prag zu verlassen und hierher zu kommen, — alle Welt wird ihnen zum Schaden den Spott noch gönnen. — Die außerdem noch in Prag Agitirten werden hoffentlich dem Beispiel ihrer Landsleute bereitwillig folgen lassen.

Nun, Kollegen aufwärts, haltet nur weiter den Bezug ab; unsere Sache steht gut und lange kann die Entscheidung nicht mehr auf sich warten lassen.

Jülich, 6. April. Bei uns gilt es, ununterbrochen zu kämpfen, um unsern einflussreichen Gegnern, den Fortschrittler, Schritt für Schritt Boden abzugewinnen, aber auch die Regierung sucht und Hindernisse in den Weg zu werfen. In Nr. 16 des „Volkstaat“ habe ich mitgetheilt, daß man von Oben verlangt, obß müße bestraft werden, weil er in einer Volksversammlung zu freiwilligen Beiträgen behufs Deckung der Kosten aufzuforderte. Obß wurde vom Einzelrichter freigesprochen. Der Staatsanwaltsvertreter hat wirklich, seiner Drohung gemäß, die Berufung an das Bezirksgericht ergriffen, obß wurde auch hier, Dank der ausgezeichneten Bertheiligung des Herrn Kronacher, freigesprochen und hat nun den Staatsanwalt am Jülicher Bezirksgericht, Herr Gebhardt, die Nichtigkeitsbeschwerde gegen das freisprechende Urtheil eingereicht, und müssen wir den Entschluß abwarten.

Am Ostermontag fand in Erlangen eine Versammlung statt, in welcher Waier und Löwenstein von hier sprachen, der Erfolg war die Gründung einer Mitgliedschaft.

Die Arbeiter der Stern'schen Duntpapierfabrik sind ebenfalls zusammengetreten und haben beschlossen, in Gemeinschaft mit den Arbeiterinnen, nächsten Montag d. 8. eine Versammlung behufs Vornahme von 25%, und Reduktion der Arbeitszeit, abzuhalten; die Arbeiter sind entschlossen, nöthigenfalls die Arbeit niederzulegen; ihr Lohn ist erbärmlich, er beträgt im Durchschnitt für männliche Arbeiter nicht 3 Thlr., für weibliche 1 Thlr. 20 Gr.

In Schwaben trafen die Zimmerer (Vorstand des Striße-Komite's ist H. Bunte), in Kenney 120 mechanische Tischler der Fabrik Wilhelmthal, in Mannheim die Schneider (Adresse des Striße-Komite's Breit, H. 4. 3.), in Lüneburg die Maurer (Vorstand des Striße-Komite's ist H. Lohstein, Maurerherberge.) Ein Tischlerstreik in Heide ist siegreich beendet; ebenso ein Schneiderstreik in Osnabrück (Forderung 20 Prozent Lohnerhöhung) nach bläugiger Dauer. Die Zimmerer in Göttingen erlangen ihre Forderungen ohne Streik.

In Lüneburg streiken die Haartuchweber, in Hamburg steht ein Streik der Formen in Aussicht.

Auch die Reichs-Dandische Organisation laboriert augenblicklich an Streiks, — der beste Weg, um die „Harmonie“-Theorie (s. i. v. o.) zu bekommen: So streiken die Schneider in Königsberg, die Cigarrenarbeiter in Potsdam; in Aussicht steht ein Streik des Berliner Ortsvereins der Marmorarbeiter und der Steinmetzen.

Frankreich. Seit einer Woche sind die Zimmerleute und Maurer in Cahors im Striße; in Nancy seit dem 25. März alle Bauhandwerker.

Wien. Hier streiken die Arbeiter der Lampen- und Laternen-Fabrik von J. Meiner — Forderung 1) 20% Lohnerhöhung; 2) 50% für Ueberstunden; 3) 50 Kr. Bauzulage pro Tag —, die Wagnergehilfen und noch etwa 60 von den Formschneidern.

Italien. Vom 17. bis 20. März tagte in Bologna ein Kongress des Bezirksbundes, auf welchem die Delegierten von 13 Städten und mehrere Delegierte von nicht zum Bezirksbund gehörigen Städten anwesend waren. Der Kongress beschloß, auf den Mai einen allgemeinen italienischen Kongress zu berufen behufs Gründung eines Arbeiterbundes als italienischen Zweigs der Internationalen.

Aus Ravenna erhielt der Kongress am 18. März, als dem Jahrestag der Pariser Kommune, ein dieselbe feierndes, sinniges Telegramm.

In Siena und Parma sind neue Sektionen der Internationale entstanden.

Spanien. In Reus hat sich eine gemischte Gewerkschaft konstituiert; ebenso in Sans, Manresa und Lerida; in Bildung begriffen sind solche in San Martin und Laxraja. — Der Glaserstreik in Palma dauert fort; daselbst haben auch die Holzschläger des Sernagajus Streik gemacht. — Der 18. März wurde in fast allen spanischen Sektionen gefeiert. — Die Verfolgungen hören nicht auf; 4 Mitglieder des Bezirkskomite's von Oloa wurden verhaftet und nach 4 Tagen nur gegen 100 Duros Kaution freigelassen; die Kaffe aber blieb beschlagnahmt.

Holland. Der „Werker“ berichtet, daß in circa 20 Städten die Arbeiter der verschiedensten Branchen ohne Streik eine Lohnerhöhung erlangt haben.

Bärth. Die Schneider haben sich 25% Lohnerhöhung erkämpft, Maurer und Zimmerleute den 10ständigen Arbeitstag mit 12%, Lohnerhöhung; — nur die Lohnbewegung der Metallschläger nahm unter der Leitung einiger Nationalliberalen und Christlich-Demokratischen einen jämmerlichen Verlauf. Als Nachspiel davon kann eine Stadtgerichtsverhandlung, am Mittwoch den 3. April in Nürnberg, gelten. Unser Parteigenosse Heint. Maier ist den „liberalen“ Bürgervereintlern dahier in Folge seines Auftretens längst ein Dorn im Auge. Von einer Anzahl derselben (Seeling, Vögel, Göttinger u.) zu denen sich ein Exdemokrat, Verz, gesellte, (sämtlich Metallschläger) wurde beschloffen, dahin zu wirken, daß Maier nirgends mehr Arbeit erhalte. Maier bekam davon Wind, und richtete ein offenes Schreiben unter der Adresse: „Seeling“ an dieses Konfession, worin er ihre Handlungsweise als „insam“ bezeichnete. Seeling trat gegen Maier flagbar auf in Nürnberg. Obwohl daselbst der Wahrheitsbeweis der Intriguen erbracht wurde, ist unser Parteigenosse zu 2 Tagen Haft sowie zur Tragung der Kosten verurtheilt worden; Berufung ist ergriffen.

Am Montag d. 1. April hatten wir eine sehr besuchte Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Das Urtheil über Bebel-Liebnecht vor dem Richterstuhl der Geschichte“, worüber Maximilianer in seiner gewohnten kurzen aber scharfen und treffenden Weise referirte. Bloß brachte eine Resolution ein, dahin lautend: „die Versammlung verdammt das Urtheil der Geschwornen, sie erklärt sich solidarisch mit Bebel und Liebnecht“

Die Resolution wurde unter allgemeinem Beifall einstimmig angenommen. Die bürgerliche Demokratie bot uns die Hand zum gemeinschaftlichen Zusammengehen; wir erklärten durch Beschluß einer sehr zahlreich besuchten Parteiversammlung, einzuschlagen, wenn von derselben das Eisenacher Programm in allen Punkten angenommen wird. Antwort müssen wir noch abwarten.

Die Parteigenossen in Bärth thun nach Kräften ihre Schuldigkeit und erfreut sich auch ihr Bemühen eines sichtlichen Erfolges. Die Gegner sind sehr erdost darüber, jedoch zu feig und unfähig und auf zu schlechtem Boden stehend, ergreifen sie das uneheliche Mittel persönlicher Verläumdung.

Bei Gelegenheit des Chemnitzer Striße's sammelte Maier und brachte einmal 1 Thlr. 20 Gr., bei verschiedenen Gelegenheiten noch 7 Thlr. 6 Gr. zusammen, worunter auch 4 fl. und circa 24 Kr. aus der Ziegel-Fabrik; es wurde spezifizierte Quittung verlangt, was aber von den Chemnizern unterblieb. Dies benutzten die Gegner und sagen (natürlich hintertäuschend, damit man sie nicht lassen kann), Maier hätte das Geld obiger Fabrik unterschlagen; es wäre dringend wünschenswert, daß die Chemnitzer nachsähen und den Posten nochmals und zwar einzeln quittirten, um 1) den Gegnern den Mund zu stopfen und 2) Sammlungen zu ähnlichen Zwecken zu erleichtern.

Stuttgart. Die Früchte des siegreichen Jahres 1870/71 lernen auch wir Schwaben immer besser genießen, alle Lebensmittel werden theurer und der Lohn bleibt auf derselben Höhe, die Wohnungsnoth wird immer mehr und mehr sichtbar und die Steigerung der Miete von Quartal zu Quartal empfindlicher. Nun, das thut nichts, dafür haben wir auch einen Preussischen General, der 20,000 Thlr. Gehalt erhält und unsere Soldaten dahier ja auch Mägen ohne Schild tragen — das ist genug Fortschritt, dafür darf man schon sein Gut und Blut geopfert haben.

Doch nun zu dem sozial-demokratischen Verein?

Ueber denselben ist seit circa 12 Wochen ein samter Stieber'scher Regen herabgeregnet; vor etwa 12 Wochen, wo die Mitglieder in das Vereinslokal kamen, wurde uns von dem Besitzer desselben die Nachricht, daß er sein Lokal nicht mehr hergebe; auf unsere Frage, warum? bekamen wir keine Antwort, doch wir sollten es bald genauer werden, denn der große, dicke Polizeiwachtmeister stellte von Zeit zu Zeit niedlichen Köpfchen zur Thür bereit, ob wir nicht bald gehen würden. Als wir uns zum Fortgehen bereit machten, da trat endlich der behäbige Wachtmeister herein und sagte: „Gute Nacht, müssen sich ein wärmeres Zimmer suchen, hier ist's zu kalt“ und freute sich dabei göttlich, uns um unser Lokal gebracht zu haben.

Wir wußten diesen Abend zu verwenden und gingen in den Arbeiterbildungsverein; dort war öffentlicher Vortrag angemeldet über das neue Militärgesetz. Denselben hielt Herr Gemeinderath Stiedel; er sprach über das viele Gute, welches dieses Gesetz enthielt, einjährige Dienstzeit u. s. w., worüber die guten Sozialisationsvereintler ganz entzückt waren; sie freuten sich über ein so freisinniges Gesetz, sprachen auch dem Gemeinderath ihren besten Dank für seinen Vortrag aus.

Jetzt begann die Debatte; unser Parteimitglied Werner meldete sich sofort zum Wort, erhielt es auch gleich, weil man nicht wußte, daß er Sozial-Demokrat war; derselbe erklärte in längerer Rede, daß das Militär nicht nur gegen den äußeren, sondern vielmehr gegen den inneren Feind gerichtet sei u. s. w. Da hatte er in ein Spennschloß geflohen — und die Fortschrittler riefen: Es ist kein Mitglied vom Verein, darf nicht reden u. s. w.

Es wurde abgelehnt und es ward das Wort entzogen. Jetzt fiel man aber über uns her: eine schlechtere und ungebildete Partei konnte nicht existiren als wir, aber alles das erst, nachdem wir nicht mehr sprechen durften. Hierauf reichten wir einen schriftlichen Protest ein, in welchem wir sie aufforderten, eine öffentliche Arbeiterversammlung abzuhalten, in der wir unsere Prinzipien gegenseitig vertreten wollten und wo wir die Beschimpfungen, welche uns von jenen zu Theil geworden, widerlegen könnten. Aber die Herren luden nur unser Parteimitglied Werner ein zu einer Mitglieder-Versammlung, was wir natürlich nicht acceptirten, und ist somit die Sache auf die Seite ge-

schoben worden; nun, dieser Vorgang befreundet uns nicht, ihr Herr und Meister Schulze Deligisch macht es ja auch so. —

In unserer nächsten Versammlung wollte der Herr Polizeiwachtmeister Rüdert unsern Parteigenossen Werner verhaften, weil er gesagt, die Polizei ist die Handlangerin des Staatsanwaltes.

Dies kommt daher, weil unsere Polizeidiener nicht geistig befähigt sind, solche Versammlungen zu überwachen.

Jeder, der etwas vorliest oder irgend einen Vortrag hält, hat das Vergnügen, am nächsten Tag einen Besuch von dem Hrn. Polizeiwachtmeister zu erhalten, welcher dann heimlich dem Prinzipal die grausame Vorgeschichte entdeckt, daß sein Arbeiter Sozialdemokrat ist, daß in jenen Versammlungen auf die Prinzipale geschimpft wurde u. s. w. Dies wird so lange fortgesetzt, bis der Prinzipal die Forderung der Polizei fast hat und seinen Arbeiter entläßt, wie bereits schon verschiedene Fälle passirt sind.

Nun ist es nicht nur die Polizei, welche die Parteimitglieder im Auge haben müssen, sondern der Bevollmächtigte des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins betreibt auch ein sauberes Handwerk. Als Kölsch aus Offenbach bei uns Versammlung abhielt, sprach derselbe über die Arbeiterbewegung der Neuzeit, wobei er natürlich auch auf den Allgem. Deutschen Arbeiter-Verein zu sprechen kam.

Da trat Herr Leudert auf und sagte, Kölsch solle direkt erklären, wie es anders als auf dem gesetzlichen Wege möglich sei, den freien Volksstaat zu schaffen, aber keinen Umweg machen; dabei rief er sich freudig die Hände und lachte dem anwesenden Polizisten ins Gesicht, vor Freude, denselben die Bahn, Grund zum Verhaften zu finden, geöffnet zu haben.

Denn der Knüttelgardist, welcher schon berühmt durch seine Aufwiegelung beim Stuttgarter Kongress war, meinte, Kölsch solle sagen, „durch eine blutige Revolution“, dann hätte unser Polizeiwachtmeister den Redner Kölsch eingesperrt.

Dresden, d. 10. April. Der Striße der Eiserer geistlich dauer in voller Stärke fort, wird immer allgemeiner und droht hartnäckig zu werden. Eine Vereinigung mit den Arbeitgebern wird von diesen mit aller Schroffheit des Junktyps zurückgewiesen; sie bestehen auf Annahme der Arbeitskarten, trotzdem von den Gehilfen eine viel bessere Kontrolle, nur auf Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung gegründet, geboten wird. Hauptsächlich wird dabei die moralische Kontrolle mit in Betracht gezogen. Wir werden einen harten Kampf kämpfen; jedoch wir stehen fest! Obgleich sich einzelne Verräther an der gemeinsamen Sache finden; obgleich von Seiten der Arbeitgeber alle möglichen Intriguen versucht werden, uns zu sprengen; — es verfliegen dergleichen Manöver in blauen Dunst, sie scheitern an dem gesunden Sinn der Arbeiter.

Wir werden siegen, wenn wir nicht verlassen stehen!

Wir bitten alle arbeiterfreundlichen Blätter, so wie alle Kollegen und Freunde, das Ihre zu thun! Sämtliche Arbeiter Dresdens sehen auf uns; es ist der erste große Streik, der hier ausgebrochen. Vor jedem Zugung wird gewarnt!

Das ständige Komitee
Arnold, Vor.

Alle Briefe und Sendungen sind zu adressiren: An das ständige Komitee,
Palmitrastraße 15. (Deutsche Halle.)

Göttingen. Hier wird seit längerer Zeit sehr stark agitirt. Beweis: wir haben 100 „Volksstaat“-Abonnenten (also mehr als Berlin, Red. d. V.) und davon 10 auf dem Lande. Die Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder gehört auch dem sozialdemokratischen Verein an, und die nicht unterdrücklichen Agitationsreden werden durch freiwillige Beiträge gedeckt. Zur Gewinnung von Abonnenten für unser Parteiorgan haben wir 1000 Aufrufe verbreitet und jeden Sonntag werden von hier aus Agitationsreden nach der Umgebung (einige Stunden weit) gemacht. Am Ostermontag z. B. begab sich ein Theil der agitatorischen Parteigenossen nach Göttingen bei Böblingen, der andere nach Göttingen und am 7. April waren wir in Pleninggen bei Hohenheim. Diese Agitationsreden waren alle von ausgezeichnetem Erfolg, die Handwerker waren von einigen Stunden weit zu Hunderten gekommen. — Möge überall so agitirt werden, wie hier!

Der Vertrauensmann,
A. Knorred.

Aufruf an alle Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter!

Göttingen. Im „Volksstaat“ Nr. 20 haben wir dargelegt, in welchen Verhältnissen wir stehen; wir haben gezeigt, daß es unmöglich ist, bei solchen Verhältnissen noch länger zu existiren; der Zeitpunkt ist nun gekommen, wo wir für unsere Rechte ganz entschieden eintreten müssen, es ist in Aussicht gestellt, in nächster Zeit unsere Forderung geltend zu machen, welche darin besteht: 10 stündige Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes um 25 Prozent.

Kollegen! Ihr Alle wißt, daß unsere Forderung eine nur zu gerechte ist, Ihr wißt, daß unsere Lage seit Jahren eine vollständig zerrüttete ist, darum richten wir an Euch die drückende Bitte, einzustehen für uns und den Zugung fern zu halten.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck des Vorstehenden gebeten.

An die rheinischen und westphälischen Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei.

Parteigenossen! Lange hat es den Anschein gehabt, als solle die Arbeiterbewegung, die einst so mächtig in unsern Provinzen emporblühte, aber, wie bekannt, durch Intriguen aller Art in ihrer Entwicklung gehemmt wurde, niemals wieder hier emporkommen.

Die Arbeiter Rheinlands vorzüglich, antwortet gemeinsam vorzugehen, bekämpfen sich gegenseitig; manches gute Mitglied zog sich in Folge der fortwährenden Wirren in's Stillleben zurück.

Jedoch die Zeiten haben sich geändert, und mit ihnen auch die Gefinnungen der Menschen.

Wenn wir annehmen, daß in Rheinland und Westphalen in 30—40 Orten der „Volksstaat“ gelesen wird, so müssen wir uns sagen, daß wir, wenn auch langsam, so doch bedeutend vorwärts gekommen sind, ein Beweis, daß man trotz aller Machinationen nicht im Stande ist, den gesunden Geist des Volkes zu unterdrücken.

Wir unterzeichneten sind nun der Ansicht, daß es an der Zeit wäre, eine großartige Agitation zu beginnen. Zu diesem Zwecke müssen wir einen Rheinisch-Westphälischen Arbeitertag einberufen, wo wir unsere Kräfte zählen und ein feste, gemeinsames Band um uns schließen können. Wir müssen uns ein Beispiel an den sächsischen Parteigenossen nehmen; auch dort war einmal's Hader und Zwiespalt, auch dort hat man den Kampf notwendig gehabt, und die sächsischen Parteigenossen haben ihre Schuldigkeit gethan und günstige Resultate erzielt worden.

Wohlan denn, Parteigenossen, scheuen auch wir den Kampf nicht, und Ihr, die Ihr bald die Hoffnung verloren, noch einmal treten hervor und nehmt mit uns gemeinsam die Agitation an!

Die Industrie entzweit sich in Rheinland-Westphalen immer großartiger und, ein irgendwo die Agitation notwendig ist, so ist es hier. Die Parteigenossen anderer Provinzen werden uns unterstützen und hierauf, so wie auf unsere Kräfte gestützt, beginnen wir nur mit Muth.

Eberfeld und Reivoges, den 9. April.
Im Auftrage mehrerer Parteigenossen:
Richard Schmelter, Friedr. Obermann.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Wir überweisen der Kontrollkommission hiermit den Artikel in Nr. 25 des „Volksstaat“, welcher von uns veröffentlicht wurde, zur Einsicht, indem wir uns nicht einer Adresse an die Kommission erinnern können; bitten jedoch dieselbe, ihre Adresse gefälligst im „Volksstaat“ bekannt zu machen.

J. A.
B. Schröder.

Für Leipzig.

Internationale Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Montag 15. April Abends 8 Uhr. Sitzung im Arbeiterbildungsverein, Ritterstraße 43 (bei Schay).
Tagesordnung:
Vortrag über Gewerkschafts-Organisation. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Für Leipzig.
Versammlung der Sektion der Böttcher.
Sonnabend Abend 8 Uhr. Sternwartenstraße 18. Böttcherherberge.

Versammlung der Sektion der Glaser.
Sonnabend Abend 8 Uhr in der Restauration von Rosig, Geberstraße.

Für Leipzig.
Sozial-demokratischer Arbeiter-Verein. Freitag den 12. d. Abends 8 Uhr im Leipziger Saal.

Tagesordnung:
Sozial-politischer Wochenbericht. Referent: Fint jr.
Die Institution der Geschworenengerichte, Ref.: Liebnecht.
Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Für Hamburg.
Sozial-demokratischer Arbeiterverein.
Versammlung.
am Montag den 15. April, Abends 9 Uhr in Eberhahn's Clublokal, Zeughausmarkt 31.

Tagesordnung:
1) Sozial-politischer Wochenbericht.
2) Die Striße in Hamburg.
Gäste haben Zutritt. August Weib.

Fraunfurt a/M.
Die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei versammeln sich regelmäßig alle Montags Abends 9 Uhr im „Gasthaus zur Stadt Kreuznach“ Dominikanergasse 10 (12) h

Für München.
Eine Filial-Expedition des „Volksstaat“ befindet sich auch für das II. Quartal 1872 wie bisher in meinem Laden in der Kreuzgasse und nehme ich Abonnements fürs 1. Quartal und auch Monatsabonnements entgegen, auch sind einzelne Nummern bei mir zu haben.
Altschäffl, Uhrmacher.

Cassel den 4. April. Arbeitseinstellung der Sattlergehilfen
der Militärreife-Fabrik von M. H. und Leichen. 150 Mann, 60 bereits abgereist, die übrigen reisen bis zum Sonnabend ab. Vor Zugung wird streng gewarnt. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Notiznahme des Vorstehenden ersucht.

Briefkasten.
der Redaktion: Böttner in B.: glaube den Inhalt Ihres Schreibens sehr gern, immerhin aber ist es besser, die Angelegenheit durch den Ausschuss, dem ich auch diesen Brief geschickt habe, zu regeln, als durch das Blatt. — Fürth. Die von Ihnen vermählte Erklärung Ihres Komitees bezüglich Motzlers Ansichten über die Gewerkschafts-Union befindet sich wohl in Nr. 17 d. Bl. Seite 2, Spalte 3. — Eine andere Erklärung ist mir nicht bekannt.

der Expedition: Abm. in Paris: Abonnement beträgt für 2. Quartal mit Porto 2 Thlr. 23 Gr., f. 1. Quartal 1 Thlr. 5 Gr.; Bahn in Gabelnz f. Schrift 1 Thlr. 20 Gr.; Sch. in Klagenfurt: habe Ihnen die 2 Exempl. gesandt; 1 Thlr. 11 Gr. richtig erh.; K. in Weimar 2 Thlr. f. Schrift; Kenger in Leipa 1 Thlr. 9 Gr. erh.; E. Sauerberg in Göttha f. Abonn. 1. Quartal 18 Thlr. 3 Gr. 3 Pf. die übrigen Exempl. franco zurücksenden; Metallarb. Gwidau f. Annon. 4 Gr.; Dorn in Apolda 3 Thlr. 20 Gr. f. Ab.; B. God in Regensburg f. Schrift 3 Thlr.; Sorge in Hohenheim: habe am 20. Feb. Schriften an Sie abgehandelt; K. in Leipa 1 Thlr. 9 Gr. erh.; Walz in Kassel f. Schrift 2 Thlr. erh.; Redibr. in Berlin 2 Thlr. f. Schrift. Guggabg. in Mittelfeld 16 Gr. erh.; Fall in Köln f. Abon. 1. Quartal 25 Thlr. erh.; Th. in Kassel: die Tagewacht ist im Zeitungskatalog eingetragen unter Nr. 2988 und erscheint in Reu-Münster, wird aber in Fürth bestellt. Von J. L. in Post 22 Gr. erh.; Wäpold in Widdersheim: Wollen Sie sich wegen der Karten direkt an den Ausschuss wenden, ich habe solche nicht. B. in Offenbach f. Annon. 3 Gr.; Bllg in Dresden: Ihre Schriftchen ist um 1/2 Gr. mindestens zu theuer, um einen Abzug erzielen zu können. Franz in Fürth: die Photoge. haben eine Preissteigerung erfahren und ist die der Dupendpreis berechnet und macht 2 Thlr. 26 Gr. Da noch 2 Parteigenossen Wiederholer herausgaben, so ist an den von Dir gewünschten Abzug nicht zu denken.

2. Thüringer Landesversammlung in Apolda.
Gleichzeitig mit dem am 21. April stattfindenden „Arbeiterfest“ soll die zweite Landesversammlung der sozial-demokratischen Arbeiterpartei für Thüringen abgehalten werden.

Alle Parteigenossen Thüringens werden hierdurch eingeladen, Delegirte zu dieser Versammlung zu schicken, die mit einem Mandat ihrer Auftraggeber versehen sein müssen.

Die Landesversammlung beginnt Sonnabend den 20. April Mittags 12 Uhr und wird Sonntag den 21. April früh 8 Uhr fortgesetzt.

Die vorläufige Tagesordnung ist:
Rechnenschaftsbericht.
Die Presse und das literarische Unternehmen.
Die Gewerkschaftsunion. Agitation in Thüringen.

Für Quartiere werden die Parteigenossen in Apolda sorgen. Orte, die eigene Delegirte nicht schicken können, mögen bis zum 19. April an den Unterzeichneten Mandate mit Angabe der Zahl der Auftraggeber einbringen.

Im Auftrage
C. Kettel, jun.

Vorläufige Nachricht!
Innerhalb spätestens 3 Wochen erscheint vom Unterzeichneten, zu beziehen durch die Expedition des „Volksstaat“:

Gedichte und Lieder

freisinniger, besonders sozialdemokratischer Tendenz. (68 Seiten.) Mit einem Anhang: Ansätze an internationalen, schweizerischen und deutschen Prinzipienausstellungen der Sozialdemokratie. — Preis 4 Sgr., in Partien per Duzend 1 Thlr. 12 Sgr.

In Bezug auf Obiges allen Einsendern von Beiträgen bundesbrüderlichen Dank und die Bitte um Rücksicht, wenn nicht Alles zur Verwendung kommen konnte; vielleicht wird eine Fortsetzung möglich sein.

Techniker H. . . . in München: erhalten; Ihre Adresse wäre mir in obiger Sache erwünscht, da auf wiederholte Briefe unter den Münchener Parteigenossen sich Niemand zu finden scheint, der eine Antwort für passend hielte.

Göttingen b. Zürich, Thalstr. 18. J. Franz.

Inferate für den Katalog der im Mai d. J. in Wien stattfindenden Arbeiter-Industrie-Ausstellung werden nur mehr bis 20. d. M. entgegen genommen.

Der Katalog erscheint vorläufig in einer Auflage von 10,000 Exemplaren.

Preise
inklusive Stempelgebühren:
Erste Seite nach dem Katalog fl. 30 s. 23.
Letzte Seite Umschlagseite „ 30 „
Eine ganze Seite „ 25 „
„ halbe „ 13 „
„ dritte „ 9 „
„ viertel „ 7 „
„ achtel „ 5 „

Die Expedition d. Blattes erklärt sich zur Uebermittlung von Inferaten bereit.

Die Filial-Expeditionen,

welche fürs 1. Quartal noch im Rückstande sind, werden ersucht, Geld und Abrechnung sofort einzufenden.

Die Expedition des „Volksstaat“

Leipzig: Berantio, Redaktion A. Heyner (Redaktion u. Expedition Hohestr. 4.) Dena u. Verlag v. F. Thiele.